

Erzähler vom Westerwald

Hachenerberger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

Nr. 22

Bezugspreis: vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pf. mit Frachtkosten; durch die
Post 2,25 M. bzw. 75 Pf. ohne Bestellgeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Sonntag den 27. Januar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsspaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf.

10 Jahrg.

Tiefer hinein in die Friedensgespräche.

(Am Wochenabschluss)

Des Reiches Kanzler hat gesprochen.

Es ist gut und es ist nötig, bei der Aufnahme seiner Rede, die Lage im Innern und nach außen nicht aus den Augen zu verlieren. In der riesigen Ostront des Reiches sind mit der Wirkung einer fast vollkommenen Rückenbedeckung die Gewehre gesichert, nach Westen und Süden blicken schützende eherner Schilde des Reiches, von neuem Tod und Verderben zu speien. Drüben haben förmliche Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens eingesetzt, zwischen uns und den Verbündeten läuft ein Gegenstück von Rundgebungen der leitenden Staatsmänner.

Da stoch' ich schon. Denn trah stehen sich die Auffassungen entgegen, ob diese Offenbarungen und Ergüsse und ob die allmähliche Wandlung ihres Gehaltes nach Ton und Inhalt angesprochen werden können als der Eintritt in dasjenige Stadium der Fühlungnahme, das eigentlichen und wirklichen Friedensverhandlungen vorausgehen hat. Man hat es kurz als das Vorpiel der Friedensgespräche bezeichnet. Freilich man will bedenken, daß aufgeblassene amerikanische Großsprecherien und britische Hinterhältigkeit, gepiekt mit schamlosen Beleidigungen deutschen Wesens und autoritärer deutscher Einrichtungen wahrhaftig keine Geste der Friedensbereitschaft darstellten. Sicherlich nicht und für diesen Schmutz und diese Anwürfe wollen wir auch ein gutes Gedächtnis bewahren. Aber wir wollen uns auch des deutschen Volksworts erinnern, daß dem Schächer nach dem Spruche drei Tage lang erlaubt sein soll, auf den Richter zu schimpfen. Dann hat er aber wieder munterlich zu sein. Das Weltgericht hat sich der gequälten deutschen Haut bedient, die Urheber der englischen Einfreisungspolitik, auf denen die ganze Verantwortung für die Blutströme dieses Weltkrieges wuchsen bleibt, zu einer gewissen Bestimmung zu bringen. Sind dafür wirklich Anhaltspunkte gegeben? Nun, der allmähliche Abbau im Tone steht fest, einige Varianten des Inhalts lassen nur zu deutlich die Verlegenheit erkennen, in der sich unsere Widerwärtigen befinden, nachdem die Ereignisse Zug um Zug ihren ausschweifenden Blüten den Boden entziehen. Also wir sind bereit, jene Reden auch anders zu lesen, als lediglich mit der Blickrichtung auf dasjenige, was unter Männern mit der Waffe führen könnte. Die Rührerheit und Gelassenheit soll uns dabei keinen Augenblick verlassen. Zum Bau der goldenen Brücke ist wahrlich noch kein Anlaß. Und die verödeten Sentimentalitäten zeigen nicht hinein, wir brauchen den geschlossenen und granitenen Siegerwillen in Heer und Volk ungezwungen, solange Gefahren drohen.

Keiner Wendung aber sei der Weg verbaute, die das Völkerringen abschließt. Kraftvoll, ehrlich, würdevoll — mit einem Worte: deutsch — hat Graf Hertling diesen feinen Entschluß kundgegeben. Er hat in einer sachlichen Tiefe Punkt für Punkt neue Unterlagen geschaffen, auf denen der Meinungsaustausch fortgesetzt werden kann, wenn es den Gegnern überhaupt darum zu tun ist, der Welt zu beweisen, daß ernstliche Friedensabsichten in ihrem Plane liegen. Ohne neue Friedensangebote zu machen, die nur wieder das abgeklammte Gerede von deutscher Schwäche zur Folge haben würden, hat der deutsche Reichskanzler diesem Willen jeden Vorwand zur weiteren Verschleierung und zu Ausflüchten ausgeräumt. Die Entente hat die Frist vom 4. Januar verstreichen lassen; Graf Hertling hat festgestellt, daß wir nun der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Freie Hand für den Sonderfrieden mit Rußland und freie Hand nach dem Westen. Von dieser Grundlage aus zeigte der Kanzler mit der gebotenen Beschränkung die Möglichkeiten auf, in denen sich eine weitere Förderung der Einzelfragen bewegen kann. Es erübrigt sich, das Programm der Rede nochmals im einzelnen zusammenzufassen, Graf Hertling hat in kritischer Klarheit und Gegenüberstellung den Standpunkt der deutschen Reichsleitung entwickelt mit einzig möglichen Endzielen des dauernden allgemeinen Friedens, der die Unverletzlichkeit des Deutschen Reiches, die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes wahr.

Angeht der Vorgänge in Österreich-Ungarn ist die erneute Befundung der Fortdauer vollkommener Übereinstimmung der deutschen Regierung mit der verbündeten, die mehrfach in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages zum Ausdruck gebracht wurde, von besonderem Belang. Summa als es sich trifft, daß mit der Rede des Grafen Hertling eine Rede des österreichischen Außenministers Grafen Czernin zusammenfällt, die die Wilsonschen Vorschläge für eine geeignete Grundlage zu etwagem, zunächst zwischen Wien und Washington etwa zu beginnenden Gedankenaustausche hält, weil zwischen Österreich und Amerika keine Interessengegensätze bestünden. Sollte aus Vorgängen der letzten Tage oder aus dieser Rede ein Zweifel aufgetaucht sein, ob die beiden verbündeten Regierungen in vollem Einvernehmen sind, so ist eine solche Sorge restlos beseitigt durch die nachdrücklichen Erklärungen des Staatssekretärs v. Rühlmann. Wir hören mit Genugtuung, daß volles Einvernehmen besteht, daß dieses Einvernehmen

von Herrn v. Rühlmann als der Vorgesetzte der deutschen Politik bezeichnet wird. Österreich sei stets loyal gewesen und werde es auch bleiben; es werde niemals die Hand bieten zu einer Politik, die unser Verhältnis zu den Verbündeten lockern könne. Diese Befundung der Geschlossenheit kommt in ihrer Erneuerung zur guten Stunde in dem Augenblicke, wo wir die Gegner vor die Aufforderung stellen, nun herauszukommen mit ihrer Antwort.

In Erwartung der Wirkung dieser Aktionen, sei sie welche sie wolle, laum der wiederholte Appell, den die deutsche Presse an sich gerichtet sieht, sich ihrer Verantwortung stets bewußt zu bleiben, nicht stark genug unterstrichen werden. Das Wort des Staatssekretärs, daß das Ausland heute sehen müsse, daß die Mehrheit des deutschen Reichstages hinter der Regierung steht, muß sich erfüllen; er erblickt die Gewähr dafür in dem bisherigen Verlauf der Besprechungen. Die Publizistik wird den Ernst der Lage nicht verkennen dürfen. Das deutsche Volk, das sich anblickt des Geburtstages seines Monarchen, den auch diese Kriegsjahre den Herzen näher gebracht haben, in der stillen Verehrung, die die Kriegszeit gebietet, zu gedenken, wird auch dem Ergebnis dieser Tage in der sicheren Ruhe seines Kraftbewußtseins entgegensehen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der Wiederaufbau der Volkskraft nach dem Kriege bildet den Gegenstand der Beratungen auf der gemeinsamen Tagung der ärztlichen Abteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigungen Österreich-Ungarns und Deutschlands, die in Berlin stattfindet. Sie wurde durch eine Festkommission eingeleitet, bei der das Kaiserpaar durch den Prinzen Friedrich Wilhelm vertreten war. Unterstaatssekretär Schiffer begrüßte die Erbkinder in längerer Rede, die mit den Worten schloß, der Krieg müsse geführt, der Friede geschlossen werden unter dem Motto: „Alle für einen und einer für alle.“ Generalstabsarzt der Armee und Feldsanitätschef Prof. Dr. v. Schiering sprach darauf über die Bedeutung der Kinder- und Jugendfürsorge für die Volks- und Wehrkraft.

+ Eine Nachprüfung der Getreidevorräte soll demnächst vorgenommen werden. In einem Rundschreiben hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes die Bundesregierungen ersucht, zur Teilnahme an den Arbeiten der Feststellungsausschüsse, die nach Ablauf der Dreimonatsfristen die bei den landwirtschaftlichen Betrieben noch vorhandenen Getreidevorräte feststellen sollen, auch Vertreter der Verbraucherkreise heranzuziehen. Bei der Auswahl sind zunächst alle Kreise der Verbraucher zu berücksichtigen, also Industriearbeiter, Handwerker, Angehörige des Handels und der Kleingewerbe, Beamte, Angehörige der freien Berufe usw. Erforderlich ist insbesondere, den Verbraucherkreisen in den Industriezentren hinreichend Gelegenheit zu geben, sich von der ordnungsgemäßen Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überzeugen.

Österreich-Ungarn.

+ Ein einiges Königreich Polen mit Zugang zum Meere verlangt eine Entschädigung, die im österreichischen Votenklub von den Allpolen und der Volkspartei eingebracht worden ist. Der Antrag verlangt ferner, daß dieses Großpolen auch die gegenwärtig in Österreich und Preußen geborenen Polen umfassen soll.

Belgien.

+ Die Antwort des Königs von Belgien auf die Friedensbotschaft des Papstes vom 1. August v. Js., die vor einigen Tagen in Rom überreicht worden ist, stellt folgende Forderungen auf: Billige Gemütung und Sicherheit und Garantien für die Zukunft, Unverletzlichkeit des mütterlichen und kolonialen belgischen Gebiets und seines politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusses ohne Bedingungen und Beschränkungen, Gemütungen für die erlittenen Schäden und Garantien gegen eine Wiederholung des Angriffs von 1914.

Schweden.

+ In der Zweiten Kammer hielt der Minister des Äußeren Sellner eine Rede, in der er es als erste Pflicht der Regierung bezeichnete, die Neutralität aufrecht zu erhalten. Der Minister erklärte weiter, hinsichtlich ihrer Handelspolitik beabsichtige die Regierung die Beibehaltung der Handelsbeziehungen mit beiden Mächtegruppen. Zum Schluß betonte der Minister die englisch-schwedische Tonnagefrage betreffend, daß die Regierung es für ihre zwingende Pflicht halte, ein Abkommen zu treffen mit derjenigen Mächtegruppe, von der gewisse notwendige Rohwaren zu bekommen möglich wäre, auch wenn dies nur auf Kosten eines Teiles der schwedischen Handelsmarine geschehen könnte.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 25. Jan. Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Kriegsministers und den Generalstabsvortrag.

Berlin, 26. Jan. Wie verlautet, wird Staatssekretär v. Rühlmann am Sonntag nach Dreß-Litovsk zurückkehren.

Berlin, 25. Jan. Der Bundesrat hat den Entwurf einer Verordnung über Anmeldebefreiungen für feindliche Vermögen und für Auslandsforderungen angenommen.

Stuttgart, 25. Jan. Wie verlautet, wird Bischof von O. Bauer in der nächsten Woche nach Berlin reisen.

Wien, 25. Jan. Graf Czernin reist am 26. Januar nach Dreß-Litovsk zurück.

Osag, 25. Jan. Die Londoner Presse unterstützt den Vorschlag des französischen Politikers Cochon, König Albert von Belgien zum König von Jerusalem zu ernennen. Cochon legt zur Begründung seines Vorschlags, daß König Albert ein direkter Nachkomme von Gottfried von Bouillon, dem ersten König von Jerusalem, sei.

Genf, 25. Jan. Französischen Blättern zufolge steht im englischen Kabinett eine durchgreifende Veränderung bevor. Lloyd George wird an der Spitze des Kabinetts verbleiben.

Dr. v. Rühlmann über Dreß.

Im Hauptausschuh des Reichstages.

CB. Berlin, 25. Januar.

Der Hauptausschuh des Reichstages trat heute vor-mittag wieder zusammen. Der Rudrang der Reichstagsmitglieder zur Ausschuhführung ist abermals sehr groß, der Reichskanzler ist zwar nicht erschienen, aber die meisten Staatssekretäre sind anwesend.

Staatssekretär v. Rühlmann

griff sogleich das Wort und führte ungefähr folgendes aus: Ich will ein Bild in knappen Umrissen geben, zunächst über die Geschichte und die Grundzüge der in Dreß-Litovsk geführten Politik. In der Presse ist es so dargestellt worden, als ob wir ohne feste Richtlinien nach Dreß-Litovsk gekommen wären. Diese zum Teil geistreichen Artikel waren unzutreffend. In der vor meiner Zeit eingeleiteten Politik konnte man nicht vorübergehen, einzelne Autoren fanden sich. Man überschätzt leicht die Initiative des ausführenden Staatsmannes und Unterhändlers und überschätzt die feststehenden Tatsachen.

Rußland stand auf dem Standpunkt, einen Sonderfrieden nur schließen zu können, wenn es aus dem Verhalten der Ententemächte Anlaß hatte, sich von dem Londoner Traktat loszusagen.

Man hat gesagt, warum man Rußland gestatten habe, Vorschläge zu machen. Das ergab sich aus den Verhältnissen. Der Redner schildert die bekannten Vorgänge. Die Räumungsfrage und die Frage der westlichen Randgebiete wurden in den Vordergrund gestellt. Die Formulierung vom 27. Dezember war kein offizielles Aktenstück und stand im Einklang mit der Formulierung vom 25. Dezember. Ein Abweichen von der ursprünglichen Politik lag nicht vor. Es sind zwei scheinbar zusammenhängende Stücke eines einzigen Ringes.

In der zweiten Phase der Verhandlungen nach der Ankunft Trotskis war eine

totale Schwenkung in der Haltung der russischen Delegation

zu verzeichnen. Die russischen Herren hielten sich in ihren Häusern abgeschlossen, erschienen niemals in unserem Kreise, es sei denn zu offiziellen Verhandlungen mit Stenographen und allem dazu gehörigen Material. Nicht einmal private Ausreden der einzelnen Herren waren im ganzen mehr anzuhören. Sie wurden immer nur zu Breien und zu Dritt entlassen. Auch die ganze Verhandlungsart, über die ja ihnen durch außerordentlich ausführliche Veröffentlichungen, die wir erlassen haben, das Nähere bekannt ist, war eine ganz andere geworden. Unsere Gegner gaben darauf aus, taktische Vorteile zu erringen, Punkte zu gewinnen, die sich agitatorisch zur Verbreitung in das Ausland eigneten, als durch praktische Vorschläge und Annäherung an das, was wir untererleits formuliert hatten, wirkliche Ergebnisse zu erzielen.

Nest ruhen die Verhandlungen, weil Trotski Anwesenheit in Petersburg notwendig wurde. Anfang nächster Woche werden sie voraussichtlich wieder aufgenommen.

Grundfesten des zaristischen Rußlands

waren bereits vor dem Kriege erschüttert. Die letzten Gründe dieses Krieges lagen in der unsicheren Position der russischen Mächte. Die äußere Gleichgültigkeit des russischen Reiches täuschte nur den inneren Zusammenhalt vor. Jetzt begann Rußland, infolge des nationalen Sprengstoffes, sich in Einzelrepubliken aufzulösen. Dazu kommen sozial-revolutionäre Strömungen, die die Einzelgebiete vollends zerstreuen. Man steht nichts Festes sich gegenüber.

der ganze Körper ist in Gärung

und Zerlegung. Neben den Bolschewiki treten bei den Verhandlungen Vertreter der ukrainischen Rada auf. Die letzteren hatten viel Sinn für praktische Arbeit. Die feierliche Anerkennung der ukrainischen Volksrepublik hat noch nicht stattgefunden. Sie ist unter Umständen zu erwarten beim Abschluß des Friedens mit der Ukraine. Mit Finnland stehen wir in weit vorgeschrittenen Verhandlungen. Soweit sich übersehen läßt, ist da ein Friedensschluß in naher Aussicht. Auch die Besprechungen mit den Ukrainern, bei denen im Gegensatz zur Haltung der Bolschewiki sehr viel Sinn für praktische politische Arbeit hervorgetreten ist, sind so weit vorgeschritten, daß man ernstlich hoffen kann, sie werden zu einem Ergebnis

Werkblatt für den 27. und 28. Januar.

Sonnenaufgang 7²² (7²²) Monduntergang 7²² R. (7²² R.)
Sonnenundergang 4⁴⁴ (4⁴⁴) Mondaufgang 5²² R. (5²² R.)
27. Januar, 1814 Johann Gottlieb Fichte gest. — 1850
Hilfsmittel Friedrich Schöndorff gest. — 1859 Kaiser Wilhelm II.
geb. — 1901 Komponist Giuseppe Verdi gest.
28. Januar, 1863 Dichter Adalbert Stifter gest. — 1871
Kapitulation von Vercy. — 1916 Die österreichisch-ungarischen
Truppen besetzen Mesina und Giovanni d. Medina. — 1917 Römische
Mäusenagel an der Motta Vipa werden von den Törken erfolg-
reich abgewiesen.

führen. Zwischen uns und der Ukraine sind keine Punkte,
von denen ich annehmen könnte, daß sie ein Scheitern der
Verhandlungen zur Folge haben könnten. Das

Selbstbestimmungsrecht der Völker

Ist keine so neue Erfindung, wie man meint. Auch nach
früheren Kriegen ist den Bewohnern von Gebieten, deren
Staatszugehörigkeit wechselte, die Option freigegeben
worden, z. B. in Nordschleswig. Aber die Ausübung
gibt es allerdings nicht einmal ein Wohnheitsrecht, sie
muss neu geschaffen werden. Man kann nicht erst alles
weghaben, sondern muss an das Vorhandene an-
knüpfen und ausbauen, um durch langsame Arbeit zum
historischen Gegebenen zum wahren Ausdruck der Volks-
meinung zu kommen. Im Anfang sind nur einzelne hoch-
stehende Führer entscheidend, die große Masse folgt dann
später nach. Die Landesvertretungen sind tatsächlich legiti-
miert, präliminär eine Entscheidung zu treffen. Eine kon-
stituierende Versammlung auf breiter Grundlage ist einem
Referendum vorzuziehen. In diesen Fragen werden jedoch
die Verhandlungen nicht scheitern. Die Öffentlichkeit der
Verhandlungen ist ein wesentlich erschwerendes Moment,
doch haben wir nicht widersprochen, weil unsere Politik
offen und ehrlich ist und das Tageslicht verträgt.

Ein Sonderfrieden

Inmitten eines gewaltigen Koalitionskrieges bietet Schwei-
gigkeit, wie man sie früher nicht kannte. Im Westen
tobt der Krieg, während wir im Osten verhandeln, deshalb
verknüpfen sich militärische und politische Fragen, und die
Oberste Seeresleitung muss an den Verhandlungen
beteiligt sein durch einen Vertrauensmann, General
Soffmann hat die Verhandlungen durch seine Kenntnis
von Land und Leuten und seine sonstigen Eigenschaften
in ausgezeichneter Weise gefördert. Sein Eingreifen er-
folgt nur im Einvernehmen mit der politischen Leitung.

An dem Ernste unseres Friedenswillens

brauchen Sie nicht zu zweifeln. Sie können überzeugt
sein, daß der Reichstagsrat und ich keinen anderen Wunsch
und kein anderes Bestreben haben, als dem deutschen
Volke den Frieden im Osten so bald wie möglich zu bringen.
Der Friedensschluss mit der Ukraine würde auch das
rumänische Problem aufwerfen. Nach dem Friedens-
schluss der Ukraine und der Zurückziehung der ukrainischen
Truppen würde es nach meiner Ansicht nicht möglich, daß
Rumänien sich länger gegen den Friedenswillen der Mit-
telmächte sperrt.

Unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn

Ist der Eckpfeiler unserer Politik. Österreich-Ungarn hat
in dem diplomatischen Kampf und in den Verhandlungen
in vollkommen loyaler Weise auf unserer Seite gestanden
und wird weiter vollkommen loyal auf unserer Seite
stehen. Das mag den Herren, die versucht haben, unsere
Forderungen als zu weitgehend hinzustellen, ein Beweis
dafür sein, daß diese Forderungen mit dem ernstesten und
eindringlichsten Friedenswillen, der in Österreich-Ungarn
herrscht, zu vereinbaren sind. Solange ich die Ehre
habe, an dieser Stelle zu stehen, werde ich niemals
die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, durch
die die enge, unverbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kultur-
gemeinschaft und herliche Freundschaft mit der österreichisch-
ungarischen Monarchie im geringsten gelockert wird. Was
wir brauchen und um was wir bitten, ist, daß Sie dahin
wirken, daß man im Auslande den Eindruck erhält, daß
die Mehrheit unserer Volksvertreter geschlossen hinter der
Politik steht, die der Reichstagsrat in Fortsetzung der ihm
von seinen Vorgängern überkommenen Politik macht.
Offentlich verstärken die gestern begonnenen Verhandlungen
diesen Eindruck im Auslande.

Die Wortführer der Parteien.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Unsere Kritik an den Ver-
handlungen in Vercy-Stomil beruht auf dem Wunsch eines
besseren Grenzschutzes im Osten. Dafür ist uns das Urteil
unserer Parteiführer maßgebend. Eine Anzahl selbständiger
Staaten an unserer Grenze im Osten bietet nicht genügende
Sicherheit. Auch erschweren sie die wirtschaftlichen Beziehungen
zwischen uns und Rußland. England beabsichtigt, sich in
diesen Staaten festzusetzen. Die deutsch-baltische Kultur bedarf
des deutschen Schutzes. Unser Einspruch gegen die Vornahme
der polnischen Frage ist ungehört verhallt; jetzt können
wir die Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Die autro-
politische Lösung würde unser Verhältnis zu Polen erschweren.
Die Hauptpunkte sind:

Garantien zum Schutz unserer deutschen Interessen.

Der Weg über das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird
diesem Ziel nicht gerecht. Wir verlangen, daß ein weiteres
Entgegenkommen gegen die Forderungen unserer Gegner nicht
stattfindet. Von einer Räumung kann nicht die Rede sein.
Wir wünschen den Frieden auch mit den Bolschewik, allein
die Wahrung der deutschen Interessen muss allem anderen
vorangehen. So dringend brauchen wir den Frieden nicht.
Eine Lockerung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn
wünscht bei uns niemand. Unser Bundesverhältnis beruht
auf Gegenseitigkeit, sie muss auch beim Friedensschluss gewahrt
werden. Abrüstung und internationaler Völkerverbund sind
Fragen, an die man erst nach Friedensschluss herantreten kann.
Das Ziel des Krieges wird in erster Linie durch militärische
Erfolge erreicht. Die notwendigen Opfer nimmt niemand
leichtfertig, und die gegenseitige Unterstellung ist verkehrt.
Es handelt sich um ein blutiges Blut im Interesse unserer
ganzen Zukunft, und deshalb wünschen wir eine offene, klare,
unverbrüchliche, entschlossene Politik.

Abg. Freiherr v. Camp (frk.) schließt sich in allen wesent-
lichen Punkten dem Vorredner an und kommt zu den gleichen
Schlussfolgerungen.

Abg. Ledebour (Soz.) führt aus, die Regierungsbedenken
könnten nur Enttäuschung auslösen. Arbeit sei noch
immer nicht geschaffen. Die Friedenssehnsucht der Welt
habe weniger als nichts erhalten. Im weiteren richtet der
Redner heftige Angriffe gegen die Regierung und die politischen
Gegner.

Abg. Sebba (Soz.) wünscht, daß das Selbstbestimmungs-
recht der Völker untergeordnet durchgeföhrt werde; es müsse
also auch für Polen gelten. Der Abgeordnete äußert dann
Bedenken über die beabsichtigte Lösung der polnischen Frage.
Abg. Erzberger (Zentr.) weist darauf hin, daß die Ent-
wicklung der Dinge denen recht erbe, die von Anfang an
für einen Verständigungsfrieden geworben seien. Erfolg habe
man sich nur dann versprochen, wenn Regierung und Volk
geschlossen für die erwähnten politischen Ziele eintreten.
Morgen soll die Aussprache beendet werden.

Reichstags- und Hauptauschussarbeiten.

Berlin, 25. Januar.

Der Ältestenausschuss des Reichstages beschloß heute
daß der Reichstag am 19. Februar zusammenzutreten solle.
Der Hauptausschuss wird morgen die Aussprache über die
Regierungsvorstellungen beenden, sich dann verlagern, um nach
Bedarf wieder zusammenberufen zu werden.

Rußlands innere Not.

Der Plan einer Weltrevolution.

In Petersburg sind jetzt die ersten Vorbereitungen für
die neue Sozialistische Revolution im Gange. Aus diesem
Anlaß hielt Sverdlow, einer der maximalistischen Haupt-
sprecher eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die vornehmste Aufgabe der Maximalisten ist nicht der
Friedensschluss, sondern die Entfaltung der Weltrevolution.
Der Friedensschluss ist das Mittel, der Zweck aber die
Weltrevolution.

Damit haben die Maximalisten ihre wahren Ziele ent-
hüllt. Sie überraschen eigentlich niemand; denn die Ge-
eignisse der letzten Wochen, besonders der Versuch, den
russischen Zusammenbruch auch in anderen Ländern herbei-
zuführen, haben ihr wahres Gesicht aller Welt enthüllt.

Die Ereignisse in Petersburg.

Nach einem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten
wurde die Entwaffnung der Petersburger bürgerlichen
Bevölkerung angeordnet. Ebenso haben sämtliche Mit-
glieder der gemäßigten Parteien in Petersburg inner-
halb 72 Stunden alle Waffen abzuliefern. Durch diese
Maßnahme wird die nichtmaximalistische Bevölkerung den
sachlichen Banden in der Stadt aus Gnade und Un-
gnade ausgeliefert. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung
ist auf das höchste gestiegen. Sie beginnt auch auf die
Kaisern überzugreifen, so daß mit einer offenen Militär-
revolte zu rechnen ist. Einstweilen stützt sich die maximi-
listische Gewalt noch auf Matrosen aus Kronstadt und
Sewastopol, die in den Straßen der Hauptstadt ein
Schreckensregiment führen und grauenhafte Blutbäder an-
richten.

Verhaftung rumänischer Staatsmänner.

Der Rat der Volksbeauftragten beschloß auf Vor-
schlag Trozki die Verhaftung aller im Petersburger
Gouvernement sich aufhaltenden rumänischen Staats-
männer.

Erklärung der Gegenrevolution.

Stockholmer Blätter berichten, daß sich in Rußland
neue schwere Unruhen vorbereiten.

Die Gegenrevolutionäre haben sich geeinigt, um die
Bolschewikeregierung zu stürzen, Kerenski, Suwisch und
Tschernomir sind in Petersburg eingetroffen, um sich an die
Leitung der Regierung zu stellen. In einem Manifest wird
die Bevölkerung Petersburgs zur Revolte aufgefordert.

Andere Blätter melden, daß weder die Maximalisten
noch die Sozialrevolutionäre Herren der Lage seien, und
daß sich zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien
allmählich schwere Kämpfe abspielen.

Die Moskauer Konstituante.

Nach den Massenverhaftungen, die die Maximalisten
unter den gemäßigten Mitgliedern der Konstituante vor-
genommen haben, sind sie, nach einer Konferenz, der
auch der amerikanische Botschafter Francis beizuwohnte,
nach Moskau gegangen. Es ist nicht unmöglich, daß sich
Moskau von Petersburg trennt und die „Mittelrussische
Republik“ bildet.

Als Protest gegen die Auflösung der Konstituante
haben sämtliche bürgerlichen und gemäßigten Angehörigen
in den großen Städten des Landes die Arbeit niedergelegt.
Da die maximalistischen Arbeiter aus Freude über die
Auseinanderbrechung der Konstituante schon tagelang
nicht arbeiten, ruht das Wirtschaftsleben Rußlands zurzeit
vollständig.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Moskau nahm
eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß die Maxi-
malisten die Tagung einer Rumpfkongresskonstituante in Moskau
unter allen Umständen verhindern würden.

Vom Tage.

Französische Brandlegerei in Spanien.

Im letzten Zeit wurde die Welt überdewemmt mit
Nachrichten über revolutionäre Unruhen in Spanien. Der
Belagerungszustand sei verhängt. Die Ursachen zu dem
angeblichen Aufstand sei die Unzufriedenheit mit der un-
bedingten Neutralität, die Spanien im Weltkriege beob-
achte.

Demgegenüber stellt jetzt die spanische Gesand-
schaft in Sofia ausdrücklich durch eine Veröffentlichung
fest, daß im Gegensatz zu den französischen Meldungen in
Spanien vollste Ruhe herrscht, daß das Kabinett Garcia
Prieto dieselbe äußere Politik befolgt wie bisher, und daß
es mit großem Vertrauen die Ergebnisse der allgemeinen
Wahlen erwartet. Die französischen Klagen, die natürlich
nichts anderes bezwecken als die Hinüberziehung Spaniens
zur Entente, sind damit genügend beleuchtet und in ihren
Zwecken klargestellt.

Englands Vernichtungswille.

Die schon lange befürchtete Ausweisung deutscher
Missionare aus der englischen Goldküste hat begonnen.
Am 11. Januar sind 27 Frauen und 27 Kinder von der
Basler Mission aus Accra in London eingetroffen. Ihre
Männer wurden, von ihnen getrennt, auf einem andern
Dampfer untergebracht, der noch nicht angekommen ist.
Die seit 1827 an der Goldküste, dem Friedhof Westafrikas,
tätige Basler Mission unterhielt dort am 1. Januar 1917
auf 11 Haupt- und 185 Nebenstationen einen Arbeiterstab
von 98 Europäern und 286 Eingeborenen und hatte
27 338 Christen und 9883 Schüler gesammelt. Die Gold-
küste verdrängt ihren kulturellen Aufschwung nicht zum
wenigsten der Basler Mission, aber England kennt in
seinem Vernichtungswillen gegen deutsche Arbeit keine
Stärken.

Was Kapitän v. Müller erzählt.

Ein Mitarbeiter des W.T.B. hatte mit dem in Holland
internierten Regattenkapitän v. Müller, dem früheren
Kommandanten der „Emden“ eine Unterredung. Kapitän
v. Müller ist damit beschäftigt, einen eingehenden dien-
lichen Bericht über die Fahrten der „Emden“ auszuarbeiten.
Über seine Behandlung als Gefangener führt Kapitän
v. Müller in mancher Hinsicht Klage. Besonders unerhört
denahm man sich gegen den „Emden“-Kommandanten auf
dem Zirkenschiff „London“, das ihn nach England brachte.
Kapitän v. Müller betonte, daß das Verhalten der Eng-
länder den deutschen Gefangenen gegenüber durchaus nicht
litterlich ist. Zum Schluß erklärte v. Müller, besonders
bezeichnend für die militärische Lage sei es, daß England
keine Hauptkategorie für die Vermeidung einer Nieder-
lage der Alliierten auf innerpolitischen Schwierigkeiten in
Deutschland und Österreich-Ungarn sehe.

Die Unsicherheit im Mittelmeer.

Im Unterhaus erklärte Mac Namara, daß mit einem
Dampfer, der vom Feinde im Mittelmeer verhaftet wurde,
ungefähr 484 und mit einem anderen 224 Personen ge-
grundgegangen seien.

Nah und Fern.

(Kaisergeburtstagspende für deutsche Soldatenheimen
an der Front.) In diesem Jahr hat unser Kaiser
und König angeordnet, seines Geburtstages gedenken, den
selben dem Ernste der Zeit entsprechend zu begehen und
wo der Wunsch besteht, seiner vaterländischen und könig-
treuen Gesinnung durch die Zeit Ausdrück zu geben,
eine Gaben der Kriegswohlthätigkeit zu zugewenden.
Ein Ehrenausschuss fordert auf, in der Volk und in die-
sem Jahr seine Geburtstagspende den deutschen Sol-
datenheimern an der Front zugute kommen zu lassen,
die einen so weitwollen Dienst unseren Krieger im Felde
leisten, ihnen helfen, die Heimat ein etwas zu ersetzen
und die Mühsal des langen Krieges zu ertragen. Der
Bewohnern unserer Stadt wird an dem vaterländischen
Gedanktag Gelegenheit geboten werden, diesem Werk der
Kriegswohlthätigkeit ihr Wohlwollen zu erkennen zu
geben.

Wiesbaden, 24. Jan. Im hohen Alter von 84 Jahren
verstarb hier der langjährige Oberhirte der evangelischen
Kirche Nassaus, General-Superintendent und Wirklicher
Beh. Oberkonsistorialrath D. Heinrich Maurer.

Frankfurt a. M., 25. Jan. Die Stadt hat beabsichtigt,
das Bad Sodenkur bei Wiesbaden anzukaufen und
zu einem Erholungsheim für Strophotose und tuberku-
löse Kinder umzuwandeln. Der Kaufpreis beträgt
300000 Mk. Die Herren Wog und Gustav Kaufmann
stellten hierzu 200000 Mk. geschenkt zur Verfügung.
Den Rest übernimmt die Stadt. Die Stadtverordneten-
versammlung hat den Ankauf einstimmig genehmigt.

Münch., 25. Jan. Die Polizei verhaftete zwei
Wormser Kleiderhändler, die in ihrer jetzigen Stellung
als Soldaten in einem Bekleidungsamt hier für tausende
von Mark Futterstoffe, geschloßen und in sechs schweren
Kisten nach hier zum Verkauf geschickt hatten. Die
Ware konnte rechtzeitig beschlagnahmt werden.

Für die Sachleitung und Angelegenheiten verantwortlich

Theodor Kirchhölzer in Gachenburg.

Feldverkauf.

Am Mittwoch, den 30. Januar, abends 9 Uhr
kommen in der Wirtshaus von Carl Tassch 2 Grund-
stücke im oberen Gänseberg zum Ausgebot.

K.A.-Seifenpulver.

Die Kolonialwarengeschäfte und Wäschereien werden
gebeten, die Kartenabschnitte und sonstigen Ausweise,
welche zum Bezug von K.A. Seifenpulver berechtigen
zu sammeln und diese der zuständigen Behörde (Wirt-
schaftsamt) abzuliefern. Diese stellt jedesmal eine gestem-
pelte Bescheinigung darüber aus, wieviel Marken abgeliefert
worden sind. Nach dieser Bescheinigung, welche mir bis
spätestens zum 10. jeden Monats einzusenden ist, erfolgt
prompte Zuteilung.

Franz Heinrich,

Kolonialwaren-Großhandlung.

Dillenburg. Telefon 44.

Tüchtiger Fuhrmann

zu zwei Pferden für Geleisfuhrwerk
sowie ein

Schlosser

gegen guten Lohn gesucht.

Carbidwerke Kahlhaas & Co

Nauroth (Westerwald).

Karl Baldus, Gachenburg.

Särge

von den einfachsten bis zu
feinsten Ausführungen in jeder
Preislage. — Ueberführungen
per Kasse und Bahn.

Leichenwäsche aller Art
stets vorrätig.

Fußbodenlack

Karl Tassch, Gachenburg.

Braues ehrliches Mädchen

das Liebe zu Kindern hat
nach Weilburg gesucht.
Zweitmädchen vorhanden.
Näheres in der Geschäfts-
stelle d. Bl.

„Die Tabakpflanze.“

Anbau u. Verarb. v. Rauchtabak
Belichte Anleitung f. d. Laten. Preis
70 Hfg. Heller, Wiesbaden.